

**REPUBLIK ÖSTERREICH**

BUNDESMINISTERIUM

FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Geschäftszahl 14.906/2-I/1/84

An das

Präsidium des Nationalrates

1017 W i e n

Parlament

1011 Wien, Stubenring 1

Telefon 0222/7500

Name des Sachbearbeiters:

Dr. Griller

Klappe 5331 Durchwahl

Fernschreib-Nr. 111145, 111780

Bitte in der Antwort die

Geschäftszahl dieses

Schreibens anführen.

Betr.: Entwurf eines Gerichts- und Justiz-
verwaltungsgebührengesetzes 1985;
Begutachtungsverfahren;
Ressortstellaungnahme

L. Bauer

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	25 -GE/1984
Datum:	27. JUNI 1984
Verteilt:	1984 -06- 27 <i>Frume</i>

Unter Bezugnahme auf die Entschliebung des Nationalrates anlaßlich der Verabschiedung des Geschäftsordnungsgesetzes, BGBI. Nr. 178/1961, beehrt sich das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetzes 1985 zu übermitteln.

Wien, am 14. Juni 1984
Für den Bundesminister:
Dr. Schwarz

25
Beilage *w*

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Teyer



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Geschäftszahl 14.906/2-I/1/84

An das
Bundesministerium für Justiz
Museumstraße 7
1070 W i e n

1011 Wien, Stubenring 1
Telefon 0222/7500
Name des Sachbearbeiters:
Dr. Griller
Klappe 5331 Durchwahl
Fernschreib-Nr. 111145, 111780

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

D R I N G E N D !

Betr.: Entwurf eines Gerichts- und Justiz-
verwaltungsgebührengesetzes 1985;
Begutachtungsverfahren;
Ressortstellungnahme

Unter Bezugnahme auf die do. Aussendung vom 19. April 1984, Zl. 18.009/37-I 7/84, beehrt sich das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie mitzuteilen, daß der Entwurf eines Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetzes 1985 zu folgenden Bemerkungen Anlaß gibt:

Der Gesetzentwurf sieht - als zentralen Reformpunkt - die Einführung eines Pauschalgebührensysteams, verbunden mit einer Vorauszahlungspflicht für den Kläger bzw. den betreibenden Gläubiger vor (§ 2 iVm. § 6). Neben den in den Erläuterungen ausführlich dargestellten Vorteilen dieser Neuregelung hätte diese Veränderung im Vergleich zur derzeit geltenden Rechtslage nach ho. Auffassung aber auch einen nicht unerheblichen Nachteil zur Folge: Bis zur Entscheidung über die Kostentragung wären die Gebühren ausschließlich vom Kläger bzw. betreibenden Gläubiger zu bestreiten, während derzeit auch der Beklagte bzw. der Verpflichtete gebührenpflichtig ist. Aus der Sicht des Klägers bzw. betreibenden Gläubigers würde dies eine Verschlechterung des Zugangs zum Recht bedeuten, weil die Gebührenbelastung während des Verfahrens nicht mehr mit dem Prozeßgegner geteilt wäre. Es wird angeregt, die vorgeschlagene Neuregelung im Hinblick auf diese Bedenken nochmals zu überprüfen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Peyer
Für die Richtigkeit
der Ausfertigung

Wien, am 14. Juni 1984
Für den Bundesminister:
Dr. Schwarz